

CONSULAT GÉNÉRAL DE SUISSE
EN CHINE

ch.A.O/3144.AD/YDC.

R. le 14.I.31
L'

Politischer Bericht No. 14:

Die Abdankung Chiang Kai Shek's.

Das politische Jahr 1931, in welches das Régime Chiang Kai Shek's unter vielversprechenden Anzeichen eingetreten war, hat an Stelle der in Aussicht gestellten Festigung und Erweiterung seines Machtbereichs, der finanziellen Konsolidierung und Modernisierung der Verwaltung unter dem Druck innerer Gegnerschaft, aussenpolitischer Verwicklungen, wirtschaftlicher Krise und natuerlicher Katastrophen, fuer die nach alteingewurzelter chinesischer Anschauung die Regierenden die Verantwortung zu tragen haben, eine durchgreifende Umwandlung der Machtverhaeltnisse herbeigefuehrt.

Der am 15. Dezember erfolgte Ruecktritt Chiang Kai Shek's von der Praesidentschaft der Nationalregierung, dem Vorsitz im Executive Yuan und seinen militaerischen Aemtern bedeutet den in folgerichtiger Entwicklung erreichten vollen Erfolg der Bestrebungen der in der Canton-Gruppe vereinigten Kuomintang-Politiker. Es ist bei frueherer Gelegenheit darauf hingewiesen worden, dass fuer die Ausrufung einer sezessionistischen Regierung in Canton, im Mai des Jahres, weder allgemeine politische noch regionale oder wirtschaftliche Gruende massgebend gewesen sind. Die fortschreitende Ausbildung eines persoenlichen Régimes innerhalb der Nationalregierung, mit welcher



eine Zuruecksetzung oppositioneller Elemente, namentlich der Canton - Gruppe, Hand in Hand ging, insbesondere die unter dramatischen Umstaenden erfolgte Amtsentsetzung und Gefangennahme des Praesidenten des Gesetzgebenden Yuan, Hu Han Min, hatten die Tendenzen des Regierungschefs in einer Weise verdeutlicht, die diesen Elementen eine klare Scheidung und den Austritt aus der Regierung als den sichersten Weg erscheinen liessen, um ihren persoenlichen Einfluss in einem spaetern Zeitpunkt wieder zur Geltung bringen zu koennen. Dabei kam der in Canton ausgerufenen Regierung, die sich bei der der Bevoelkerung nie einer besondern Beliebtheit erfreut hat, die seit Jahren waehrende und nie voellig unterdrueckte Fehde der militaerischen Kwangsi-Clique gegen Nanking zu statten; die Verbindung zwischen diesen in ihren politischen Tendenzen weit auseinandergelassenen Gruppen hatte uebrigens zu Entzweiungen gefuehrt, die waehrend der kurz bemessenen Existenz der Canton-Regierung mehr als einmal an den Tag getreten sind. Gerade die Ereignisse der letzten Wochen haben indessen deutlich gezeigt, dass es den sezessionistischen Politikern vor allem daran gelegen war, ihren Wiedereintritt in die Nanking-Regierung unter den guenstigsten Bedingungen vorzubereiten.

Fuer die Regierung Chiang Kai Shek's konnte eine Unterdrueckung der Sezessions-Regierung des Suedens mit militaerischer Gewalt schon darum schwerlich in Betracht kommen, weil sie ihr Augenmerk auf die Lage im Nordosten, naemlich die dort liegenden Generale der ehemaligen Koalition Yen's und Feng's gerichtet halten musste. Ihre Schwaechung zeigte sich in dem nur teilweise erfolgreichen Vernichtungs-Feldzug gegen das kommunistische Bandenunwesen in den Provinzen Kiangsi und Hunan; eine weitere Schwaechung der wirtschaftlichen Ressourcen des Landes hatte die beispiellose Wasserkatastrophe des letzten Hochsommers zur Folge. Schliesslich fuehrte die japanische Besetzung der Mandschurei die Notwendigkeit einer unmittelbaren Einigung zwischen Nanking und Canton klar vor

Augen.

Bekanntlich ist der IV. Nationale Kongress des Kuomintang nicht dazu ausersehen worden, die Grundlagen fuer eine Regierung der nationalen Einigung zu schaffen. Vielmehr tagte der Nationale Partei-Kongress waehrend des Monats November in zwei Abteilungen und die eifrigen Bemuehungen Nankings, die Dissidenten zur Reise nach der Hauptstadt zu bewegen, scheiterten an dem nicht erloeschten Misstrauen der Canton-Gruppe gegenueber Nanking. Laut den Beschluesen der "Friedenskonferenz" von Shanghai sollte die neue Regierung aus den Beratungen des 4. Centralen Exekutiv-und Kontroll-Kommittes hervorgehen; um den beidseitigen Willen zu einer Verstaendigung zum Ausdruck zu bringen und fruehere Fehden zu begraben, hatte man sich darueber geeinigt, dass dieser Ausschuss saemtliche bisherigen Mitglieder, also auch die Angehoerigen der im Laufe der Zeit von Nanking desavouierten Richtungen umfassen sollte, immerhin unter Ausschluss erklaearter Kommunisten und reaktionaeerer Elemente. Zu diesen bisherigen Komitee-Mitgliedern waelte jede Abteilung des Parteikongresses je 24 Mitglieder, womit deren Gesamtzahl auf 160 gebracht wird. Jedoch hatte sich der Kongress in Canton anfaenglich geweigert, die Wahlen vorzunehmen, und stellte auch nach vollzogener Bestellung an die Abreise der Delegierten nach Nanking die Bedingung, dass vorerst Chiang Kai Shek das von ihm abgegebene Versprechen, wonach seine Person der Bildung einer nationalen Regierung nicht im Wege stehen solle und er darum seine saemtlichen Aemter der Partei zur Verfuegung stellen werde, verwirkliche.

Schliesslich haben die Studenten-Demonstrationen der letzten Wochen die Ereignisse auf die Spitze getrieben und, indem sie die innere Schwaeche der Nationalregierung offenbart haben, eine Entscheidung herbeigefuehrt. An den meisten Universitaeten und Mittelschulen der grossen Staedte sind die Studenten im Laufe der letzten Woche in Streik getreten und haben beschlossen, in Nanking gegen die schwaechliche Politik der Regierung gegenueber Japan zu

protestieren. Zu diesem Zwecke wurden die Bahnhöfe besetzt, der ordentliche Bahnverkehr gewaltsam unterbrochen und Eisenbahnzüge requiriert. Eine gleichfalls gegen die Behörden der (chinesischen) Munizipalitaet von Greater Shanghai in Szene gesetzte Demonstration hatte insofern den grossten Erfolg, als der Buergermeister, ohne den Studenten Widerstand zu leisten, zur Demission veranlasst und gezwungen worden ist, den fuer die Verhaftung eines Studenten verantwortlichen Polizei-Chef seines Amtes zu entsetzen.

Die Zahl der in Nanking zusammengestromten Demonstranten wird auf ueber 50'000 geschaezt. Auch dort wurde ihren Massenversammlungen, selbst der Verwuestung des von den Beamten verlassenen Gebaeudes des Aussenministeriums kein ernstlicher Widerstand geleistet. Die Frage liegt nahe, weshalb die Regierung die Demonstrationen nicht unterdrueckt habe, und es vielmehr bei vaeterlichen Ermahnungen bewenden liess, die ihre Wirkung auf die jugendlichen Heissporne voellig verfehlt haben. Jedoch hätte das bereits unpopulaer gewordene Régime durch einen bewaffneten Widerstand sein letztes Ansehen verlieren muessen und die Agitation weiter geschuert, wenn es der, nach Ansicht massgeblicher Kreise, in der Wahl ihrer Mittel missleiteten, aber in ihren Motiven aner kennenswerten Aktion der Jugend des Landes entgegengetreten waere; durch die Vermeidung blutiger Zusammenstoesse hat Chiang Kai Shek, als er die Lage als unhaltbar betrachten musste, sein Prestige am besten gewahrt. Die Demonstrationen waren uebrigens nicht gegen seine Person gerichtet; vielmehr war der Zielpunkt der Angriffe der Studenten der neu ins Amtgetretene Aussenminister, Dr. Koo, der durch seine nachgebliche Haltung gegenueber Japan, anlaesslich der Verhandlungen des Voelkerbundsrates in Paris, die Interessen des Landes vernachlaessigt habe und deshalb unter oeffentliche Anklage gestellt werden muesse.

Man kann sich ebenso angesichts des Fehlens einer ausgesprochenen Fuehrerschaft fragen, inwieweit anti-nationale

Elemente, naemlich russische oder japanische Einfluesse, auf die Agitation der Studenten eingewirkt haben. Es ist von Regierungsseite behauptet worden, dass kommunistische Agitatoren ihre Hand im Spiele haetten; bei der weiten Verbreitung der kommunistischen Bewegung, namentlich in studentischen Kreisen, ist diese Moeglichkeit nicht von der Hand zu weisen. Hingegen muessten die Fruechte dieser Agitation, soweit sie den Zusammenbruch des Régime und ein Ueberhandnehmen ultra-nationalistischer Tendenzen zur Folge haben sollte, unter den gegenwaertigen Verhaeltnissen in vollem Umfang den Japanern zu statten kommen. Ein deutliches Anzeichen kommunistischer Beeinflussung duerfte in der Tatsache liegen, dass sich die studentischen Angriffe auch gegen die sog. "Tangpus," die Partei-Komitees, richten, welche, aehnlich den aus der Entwicklungsgeschichte des Fascismus bekannten "Ras", unter dem Régime des Kuomintang im Wege der Einschuechterung sich Presse, Bevoelkerung und Behoerden willfaehrig zu erhalten wussten und die Zentren des erbittertsten Widerstandes gegen das Aufkommen der kommunistischen Bewegung darstellten.

Den unmittelbaren Vorteil aus dem Erfolge der studentischen Agitation zieht die Canton-Gruppe; Chiang Kai Shek hat in seiner Abdankungserklaerung ausdruecklich auf die von der letztern gestellte Bedingung hingewiesen, die Teilnahme an der Neubildung der Regierung von seinem vorherigen Ruecktritt abhaengig zu machen. Es ist kaum zu erwarten, dass, wenn aus den Beratungen des am 21. Dezember in Nanking zusammentretenden 4. Centralen Exekutiv- und Kontroll-Komitees eine neue Nationalregierung hervorgehen wird, die massgebenden Aemter von den Leuten der Canton-Gruppe uebernommen werden. Es waere verfrueht, aus dieser Annahme irgendwelche Schluesse auf die Haltung der kommenden Regierung, namentlich gegenueber Japan, dem Voelkerbund und Sowietrussland, zu ziehen, trotzdem namhafte Politiker der Canton-Gruppe, wie Wang Ching Wei und Eugen Chen, ihre Auffassungen diesbezieglich in wiederholten

Erklaerungen niedergelegt haben. Die vorlaeufige Uebernahme der Praesidentschaft durch Lin Shen, den Praesidenten des Gesetzgebenden Yuan, entsprichet der staatsrechtlichen Ordnung und der Stellung dieses Organs innerhalb des Behoerdenorganismus; Lin Shen ist als ausgesprochener Parteimann, welcher bis dahin eher zu Canton geneigt hatte, bekannt und duerfte dieses Amt wohl nur voruebergehend bekleiden. Der Vorsitz im Exekutiven Yuan ist an General Cheng Min Shu, den im April des Jahres entsetzten Gouverneur der Provinz Kwantung uebergegangen, dem als Kommandanten der Nanking und Shanghai-Area die Verantwortung fuer die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Hauptstadt obliegt. Ein besonders heikles Problem stellt die Neubesetzung des Aussenministeriums dar, das der hart angefochtene Dr. Koo bereits wieder niedergelegt hat, und fuer das als Kandidaten der fruehere Gesandte in Amerika, Dr. Wu, und Eugen Chen genannt werden. Schliesslich werden in Bank- und Finanzkreisen grosse Anstrengungen gemacht, um den bisherigen Finanzminister, Dr. Soong, der Regierung zu erhalten.

Der Abdankung Chiang Kai Shek's hat uebrigens jede dramatische Note gefehlt; er hat nicht nur die Hauptstadt nicht verlassen, sondern die Absicht bekundet, an den Verhandlungen fuer die Bildung einer neuen Regierung selbst aktiv teilzunehmen. Sein Weggang wird nicht als endgueltiges Verschwinden von der politischen Buehne betrachtet; er duerfte damit rechnen, dass die Nation seiner Faehigkeiten eines entschlusskraeftigen Fuehrers auf die Dauer nicht wird entbehren koennen und dass keine Regierung ihn und seine Gefolgschaft von qualifizierten Militaers und nach modernen Prinzipien ausgebildeten Truppen voellig kalt gestellt sein lassen kann.

Die politische Wendung der letzten Tage wird auch nicht ohne Einfluss auf die kuenftige Stellung Chang Hsue Liangs sein, dessen Prestige allein noch durch seine Anlehnung an Chiang Kai Shek aufrechterhalten worden ist; seine Demission vom Amte eines

Vize-Kommandanten der nationalen Streitkraefte ist bereits angezeigt worden. Bekannt ist seine Gegnerschaft gegenueber Canton, das seine passive Haltung anlaesslich der japanischen Besetzung der Mandschurei als Vorwand benuetzt, um seine Entsetzung und seine Stellung unter oeffentliche Anklage zu fordern. Bezeichnend ist schliesslich die Meldung, dass der unermuedliche Unterhaendler des Kuomintang, der Parteiveteran, Chang Chi, nach der Provinz Shansi entsandt worden sei, um mit Marschall Yen in Fuehlung zu treten, der im Begriffe steht, dort seine frueher allmaechtige Stellung wieder einzunehmen und dessen Aussichten fuer politischen Aufstieg mit dem Niedergang des persoenlichen Régimes Chiang Kai Shek's Hand in Hand gehen; bekanntlich hatte Yen, zusammen mit Wang Ching Wei, im vergangenen Jahre in Peking eine Nationale Regierung ausgerufen, die allerdings nur von ephemerer Bedeutung war.

Die Boerse hat auf den Sturz Chiang Kai Shek's in guenstigem Sinne reagiert; das Finanzministerium hatte in den letzten Wochen vergeblich versucht, das andauernde Sinken der Regierungs-Anleihen durch verschiedene Massnahmen, wie das Verbot kurzfristiger Termingeschaefte, aufzuhalten; es wurde schliesslich, als die Kurse einen Rekordstand erreichten, zur Festsetzung von Mindest-Quotationen geschritten. In den letzten Tagen war indessen wieder eine aufwaertssteigende Kurstendenz zu verzeichnen, welche mit der Hoffnung einer Beibehaltung Dr. Soong's im Finanzministerium oder dessen Ersetzung durch einen Bankier erklaert wird. Die Tatsache beweist, dass die chinesischen Bank-und Finanzkreise die Umwaelzung eher optimistisch beurteilen und die Hoffnung nicht aufgegeben haben, dass die neue Regierung stete und geordnete politische Richtlinien werde einhalten koennen.

Shanghai, den 19. Dezember 1931.

Q. D. S. S.